

Dieses nicht endende »18-Minuten-pro-Tag«-Gewäsch geht mir auf den Keks. Politiker und leider auch die meisten Medien werden nicht müde, den Arbeitskampf der Beschäftigten im öffentlichen Dienst mit der Behauptung zu diffamieren, es gehe doch »nur« um 18 Minuten Mehrarbeit pro Tag. Sieben Wochen dauert der Tarifstreit jetzt bereits. Und vielleicht ist er auch bei Erscheinen dieses Heftes noch nicht beendet. Ich wünsche an dieser Stelle allen Streikenden Kraft, Ausdauer und Erfolg – deutlich mehr Erfolg, als die bisherigen lokalen Kompromisse es erwarten lassen.

Hier ist nicht der Ort, die Streiktaktik der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) zu hinterfragen, dafür gibt es andere Foren und Organe. Nur soviel sei angemerkt: Ich hege arge Zweifel, dass Abschlüsse wie in Hamburg mit gestaffelten Arbeitszeiten für verschiedene Beschäftigten-Gruppen geeignet sein können, die Geschlossenheit unter den Kolleginnen und Kollegen zu wahren.

An dieser Stelle soll es um Anderes gehen, nämlich um die Häme und Hetze, mit der auf die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes verbal eingepregelt wird. »18 Minuten pro Tag«, um mehr gehe es doch nicht, tönt die Propaganda-Maschine: Müllwerker, Kindergärtnerinnen, Straßendienstler und all die anderen sollten sich gefälligst nicht so mimosenhaft anstellen, heißt es; eingefordert wird ihre Bereitschaft zu »minimalem« Einlenken fürs große

Gesamtwohl. Ach, ja, und das Märchen von den angeblich sicheren Arbeitsplätzen (»unkündbar«) im öffentlichen Dienst darf natürlich auch nicht fehlen.

Was für ein infamer Unsinn! Zunächst einmal bedeuten 18 Minuten am Tag immerhin anderthalb Stunden pro Fünf-Tage-Woche oder rund zwei Wochen weniger Freizeit im Jahr – egal, ob die nun in Minuten oder in geblockten freien Tagen gewährt wird. Und noch weiter

Ich wünsche an dieser Stelle allen Streikenden Kraft, Ausdauer und Erfolg – deutlich mehr Erfolg, als die bisherigen lokalen Kompromisse es erwarten lassen.

gerechnet, würde eine Zustimmung zu 18 Minuten Mehrarbeit pro Tag nichts weiter bedeuten als ein Ja zu gut anderthalb Jahren mehr Lebensarbeitszeit.

Nicht minder verlogen ist das Märchen von den sicheren Jobs. Kein anderer Beschäftigungsbereich hat höhere Anteile an Teilzeitjobs und befristeten Arbeitsverträgen. Seit Beginn der neunziger Jahre sind knapp zwei Millionen Stellen im öffentlichen Dienst weggefallen – minus 68 Prozent bei ArbeiterInnen, minus zehn Prozent bei BeamtenInnen!

Und soll nicht die geforderte, eben vorgerechnete Mehrarbeit erklärmaßen helfen, notwendige Neueinstellungen zu vermeiden und somit weiteren Stellenabbau zu begünstigen? Zahlen nicht die öffentlich Beschäftigten seit Jahren für die ständig vorgegaukelte Schein-Sicherheit hohe Preise durch Verzicht bei den Einkommenstarifen, deren Zu-

wächse kontinuierlich unter denen der so genannten freien Wirtschaft liegen?

Es ist weder neu noch ungewöhnlich, dass Arbeitgeber über streikende Arbeitnehmer herziehen und sich dabei auch kräftig aus den sumpfig tiefenden Töpfen der Halb- und Unwahrheiten bedienen. Und sicher gehörte die massive Propaganda von Bund, Ländern und Kommunen noch weitaus detaillierter aufgedrösel, aber das mögen bitte andere leisten. Für hier und heute bemerkenswert halte ich die perfekt inszenierte Penetranz, mit der diese Propaganda-Maschine arbeitet. Es ist dieselbe Penetranz, mit der uns seit Jahren erzählt wird, dass Arbeitslose gefälligst nicht so hohe Ansprüche stellen sollen, dass Zuwanderer sich doch bitte intensiver um ihre Integration zu bemühen hätten, dass Jugendliche mehr Leistungswillen und Bildungshunger zu zeigen haben. Diejenigen, die diese Propaganda jeweils veranlassen, sind dieselben, die all diesen und weiteren Bereichen die öffentlichen Zuschüsse zusammengestrichen oder verweigert haben. Und die nun Krokodilstränen vergießen über die unübersehbaren Missstände in den Schulen oder bei der Integration oder über die Perspektivlosigkeit der Jugend.

Erschreckend ist es auch, zu beobachten, wer denn eigentlich diese penetrante Propaganda transportiert: In den betreffenden Medien sind ganz überwiegend auch nur normal abhängig Beschäftigte mit Berichterstattung, Nachrichtenauswahl oder oft auch Kommentierung befasst – egal, ob bei Zeitungen, Rundfunk, Fernsehen,

Printmagazinen. Und die haben in den vergangenen Jahren genauso wie etliche andere Bereiche empfindliche Einkommenseinbußen, Personalabbau oder Arbeitszeitverdichtung hinzunehmen gehabt. Viele dieser Medienschaffenden sind sogar Mitglied in derselben Gewerkschaft wie die streikenden Kolleginnen und Kollegen des öffentlichen Dienstes. Und trotzdem »flucht« die Propaganda, als ob es sonst nichts Wichtigeres und Richtigeres zu schreiben und zu sagen gäbe. Krass gesagt, gibt es RedakteurInnen, die vor etwas mehr als zwei Jahren in ihren Regionen zu den StreikführerInnen des mehrwöchigen Journalistenausstands gehört haben – und die heute über den Arbeitskampf im öffentlichen Dienst die verbalen Schmutzkübel ausgießen.

Unschön, aber nicht unbedingt entscheidend: In der Regel gehören weniger die Vermittler von (schlechten oder falschen) Nachrichten abgestraft als vielmehr deren Verursacher. Schauen wir also lieber auf die Politik, die von den öffentlich Beschäftigten brachial Zugeständnisse verlangt, weil doch die öffentlichen Kassen gar so leer seien. Dies nämlich ist der Punkt, an dem deutlich wird, warum der lange Arbeitskampf im öffentlichen Dienst so ausführlich im Editorial dieser Zeitschrift behandelt wird: Wenn es nicht gemeinsam gelingt, diese Hetze zu beenden, werden nicht nur ArbeitnehmerInnen und ihre Gewerkschaften, sondern auch UmweltschützerInnen, Sozial-, Integrations- oder Bildungs- Initiativen und viele andere den Kürzeren ziehen – und zwar künftig deutlich mehr als bisher schon.

Es gilt klar zu machen, dass diese Gesellschaft nicht nur einen Umbau von unten nach oben braucht, sondern ihn auch mit Leichtigkeit bezahlen kann. Es bedarf dafür »nur« der Umkehrung einiger Vorzeichen in der Verteilung der reichlich verfügbaren

Mittel. Niedersachsen und Bremen, zwei Länder, deren Haushalte mehr als marode sind, geben (siehe Seite 5) eine Milliarde Euro aus für einen Tiefwasserhafen: Das begünstigt Reeder und Hafengewirtschaft, denn immer größere Schiffe helfen die Transportstückkosten zu senken. Also ist das pure Unternehmens-Subvention. Bremen hat trotz qualifizierter Warnungen mehr als eine halbe

Es gilt klar zu machen, dass diese Gesellschaft nicht nur einen Umbau von unten nach oben braucht, sondern ihn auch mit Leichtigkeit bezahlen kann.

Milliarde Euro in das Tourismusvorhaben »Space Park« investiert; es ist geplatzt. Land Niedersachsen und Landkreis Cuxhaven stecken hunderte Millionen Euro in den Flughafen Nordholz (nördlich von Bremerhaven), obwohl kein Interesse an dessen ziviler Nutzung erkennbar ist. Nur drei Beispiele von vielen, aus allen übrigen Ländern und dem Bund ließe sich diese Liste fast beliebig ergänzen.

Das Perfide daran ist, dass die so agierenden Politiker – via Medien (siehe oben)! – beharrlich davon reden, zur Sanierung der Haushalte müssten »Subventionen« abgebaut werden. Sie meinen damit aber nicht die Gelder, die sie den Unternehmen beliebiger Branchen in den Rachen werfen. Nein, »Subventionen« sind im neudeutschen Politiker-Sprech die staatlichen Zuschüsse zum Leben und Überleben für die breite Masse der Bevölkerung, für Bildung, Erziehung, Mobilität, Gesundheitsschutz, Altersversorgung und vieles andere mehr.

Nicht zu vergessen: Dieselben Pleite-Verwalter in den Kabinetten, die Bürgerinnen und Bürgern Sparzwänge und Verzicht in egal welchen Bereichen predigen, drücken ihnen zugleich immer mehr Alltagskosten aufs Auge. Ich rede von dem rapiden Rückzug des Staates aus elementaren Bereichen der Ver- und Entsorgung: Die Postdienste-Abdeckung etwa ist in etlichen Städten und vor allem auf

dem flachen Lande durch die »Privatisierung« des gelben Riesen nicht billiger, dafür aber erheblich schlechter geworden; zugleich steigt durch die Vielzahl kleiner und kleinster Dienstleister die gesamt aufgewendete Tonnenkilometerleistung und damit die Belastung der Umwelt und der Menschen. Oder schauen wir auf Strom-, Gas- und zunehmend (siehe Seite 16 ff.) auch die Wasserwirtschaft: Konzernen, die für ihr überbordendes Kapital dringend neue Investitionsmöglichkeiten suchten, wurden wesentliche Bereiche der Grundversorgung übertragen. Wenn die VerbraucherInnen-Preise sinken, dann nur vorübergehend – in der Phase der Marktberingung, sprich: neuer regionaler Monopolbildungen –, danach wird abgezockt, und dies oft ebenfalls ohne Rücksicht auf Ressourcen oder Umwelt. Auch dies nur zwei Beispiele von vielen...

Wobei an dieser Stelle der Bogen zurück zum Anfang geschlagen werden kann: Es war und ist auch diese Politik der Deregulierung und Ausgliederung einst öffentlicher Dienstleistungen, die die Jobs der dort Beschäftigten unsicherer gemacht und schlechter gestellt hat. So gesehen, drängt sich ein Vorschlag auf: Wer den Wasserhahn aufdreht, den Mülleimer auskippt, den Briefkasten leert, den Staubsauger an die Steckdose anschließt; wer sein Kind zum Hort oder zur Schule verabschiedet, wer in den Bus steigt oder eine Klinik aufsucht – wenn jede und jeder von uns bei solch alltäglichen Routinen kurz über Dienstleistungen und öffentliche Haushalte nachdenkt und darüber, was sich ändern sollte und müsste, dann wird sich alsbald die gemeinsame Kraft genau dafür finden. Konsequenz wäre es übrigens, wenn jede und jeder von uns für dieses Nachdenken bis auf weiteres – 18 Minuten täglich aufwenden würde.

Burkhard Ilschner

Waterkant

Umwelt + Mensch + Arbeit in der Nordseeregion www.waterkant.info

Mitteilungsblatt der Aktionskonferenz Nordsee e. V.

Der vorstehende Artikel / Aufsatz

The preceding article / essay

EDITORIAL zum Streik im öffentlichen Dienst

ist ein Sonderdruck aus der
Zeitschrift WATERKANT,
ISSN 1611-1583,
Heft 1 / 2006 (März).

Dieser Artikel darf nur unter
Beachtung unserer nachstehenden
Copyright-Regeln genutzt werden:

is an offprint from the
German journal WATERKANT,
ISSN 1611-1583,
issue 2006 / 1 (March).

This article / essay may only be used in
respect to our coypright-rules
as quoted here in German:

**„Jedwede Verbreitung von online zur Verfügung gestellten Texten
aus unseren Heften ist ausdrücklich erlaubt, sofern die nachstehenden Bedingungen
erfüllt werden, wobei jede einzelne zwingend ist:**

- a) die Verbreitung erfolgt kostenlos, anderenfalls bedarf sie unserer
ausdrücklichen und vorherigen Zustimmung;**
- b) es dürfen am verbreiteten Text keine
sinnentstellenden Kürzungen oder Änderungen vorgenommen werden;**
- c) die Verbreitung muss mit einem klaren Hinweis auf die Herkunft aus unserer Zeitschrift unter
unbedingter Angabe unserer Web-Adresse (www.waterkant.info) verknüpft sein;**
- d) wir müssen von der Verbreitung in zeitlicher Nähe zu ihr
per E-Mail (redaktion@waterkant.info) unterrichtet werden.
Ein Belegexemplar wäre bei schriftlichen Publikationen eine nette Geste.**
- e) die Verwendung eventuell in den Artikeln enthaltener Bilder und Grafiken ist
ohne Bezug zum Artikel in jedem Fall strikt untersagt.“**

Um die Einhaltung dieser Regeln
zu gewährleisten, ist es **strikt untersagt**,
diese PDF-Datei (drei Seiten) so zu
verändern oder zu kopieren, dass diese
Hinweiseite nicht mehr gezeigt wird.

To guarantee the obedience to these
rules, it is **strictly forbidden** to change
or copy this PDF-document (of three pa-
ges) in any matter that makes this
notice disappear.